

Die UNO fordert das Oberkommando des ELN auf, die sieben Ausländer freizulassen

(El Tiempo, 01.10.03)

Den Aufruf machte die UNO über den Direktor des Büros des UN-Hochkommissars für Menschenrechte in Bogotá, Michael Frühling. "Unser Büro drängt das Oberkommando des ELN, schnellstmöglich Maßnahmen zu ergreifen, damit die Einheit, die die Entführten in ihrer Gewalt hat, diese gesund und sicher freilässt.", erklärte in einer kurzen Verlautbarung an El Tiempo der Direktor.

Gleichzeitig unterstrich er seine Erklärung vom 15. September vor der kolumbianischen Bischofskonferenz, drei Tage nach der Entführung der Ausländer in der Sierra Nevada de Santa Marta. Damals hatte er erklärt: "Ich möchte an die Empfehlungen zu dem Thema erinnern, die der Hochkommissar an FARC, ELN, AUC und alle weiteren illegalen bewaffneten Gruppen richtete, wonach sofort und ohne Bedingungen alle Personen freizulassen sind, die als Geiseln gefangen gehalten werden und künftig die inakzeptable Methode der Entführung nicht mehr anzuwenden."

Die "Nordfront" des ELN hatte, als sie sich für die Entführung verantwortlich erklärte, auch vorgeschlagen, dass Vertreter des Hochkommissars und des UN-Hochkommissars für Flüchtlinge sich in die Entführungszone begeben sollten, um dort die Hinweise des ELN auf Angriffe des Militärs und der AUC gegen die Zivilbevölkerung zu prüfen. Dazu Frühling: "Die Position unserer Vertretung war dazu seit langem immer sehr klar. Die Empfehlung des Hochkommissars sagt klar: Es ist völlig inakzeptabel von jeglichem Standpunkt aus und unter jedwedem Vorwand Personen zu entführen, ihrer Freiheit zu berauben, so wie das in Kolumbien seitens illegaler bewaffneter Gruppen geschah und weiter geschieht."

Unterdessen haben die Sprecher des ELN, die sich im Hochsicherheitsgefängnis von Itagüí in Haft befinden, "Francisco Galán" und "Felipe Torres", gestern gegenüber El Tiempo erklärt, sie lehnten es ab, öffentlich mit der Presse über das Angebot von Präsident Uribe zu diskutieren, sie freizulassen, wenn sie ihre Mitgliedschaft im ELN beendeten. Gestern erklärte der Präsident vor der UNO in New York, dass am 30. Juni durch Vermittlung einer Kommission- er sagte nicht welcher- er die Prüfung einer Haftentlassung angeboten habe, wenn die Entlassenen "im Gegenzug künftig bewaffnete Aktionen unterließen und sich für die Schaffung eines Friedens einsetzten". Der Präsident fügte hinzu: "Ich habe keine positive Antwort erhalten, aber ich werde insistieren".

Ein Quelle, die Galán und Torres nahe steht, verlautbarte gegenüber dieser Zeitung, die Empfänger des Angebots hätten dieses nicht erhalten, sondern nur im Radio davon gehört....

In seiner Erklärung in New York sagte Präsident Uribe auch, dass seit der Amtszeit der vorigen Regierung über Cuba und mehrere andere Regierungen man einen Weg zum Frieden mit dem ELN gesucht habe. "Wir haben alle Anstrengungen unternommen, die aber bisher ohne Ergebnis waren". Das Angebot des Präsidenten an das ELN fällt in eine Zeit, in der das Gesetzesvorhaben der "Strafalternative" im Auge des Hurrikans steht, womit ein Weg gesucht wird, wegen grausamer Verbrechen Verurteilte aus der Haft entlassen zu können, und das oft als nützlich für die Paramilitärs angesehen wird, mit denen ein Prozess der Demobilisierung vereinbart wurde.....